

Einführung in die Neuere und Neueste Geschichte

23. November 2011

Parlamente und Parteien

(Zur Wiederholung) Politische Modernisierung

Die Entwicklung von vormoderner Herrschaft zu Politik als eine die Gesellschaft steuernde Einheit setzt die Bewältigung folgender Herausforderungen voraus:

- ◆ **Schaffung einer nationalen Einheit**
Referenzrahmen der Gesellschaft
- ◆ **Errichtung einer demokratischen Verfassungsordnung**
Als Teil einer universalistischen Rollenzuschreibung
- ◆ **Eingliederung der Bevölkerung in diese Ordnung**
... über Formen der politischen Partizipation
Wahlen, Parteien, Medien
- ◆ **Befriedigung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich Beteiligung an allen zivilisatorischen Errungenschaften**
soziale Partizipation als Basis der Fähigkeit, in verschiedenen Teilsystemen der Gesellschaft Mitglied zu werden
Bsp. Bildung, Gesundheit, für Bankfähigkeit erforderliches Minimaleinkommen

Begriffe Parlament

- ◆ **Vertretungskörperschaft mit der Aufgabe der Volksvertretung**
Unterschied zur Frühen Neuzeit: Versammlung von privilegierten Herrschaftsträgern
- ◆ **Mitglieder**
Vielzahl an gleichberechtigten Repräsentanten, die über ein freies Mandat verfügen
... d. h. sie sind nicht an Weisungen gebunden, müssen aber wenigstens über Wahlen ihr Tun gegenüber den WählerInnen rechtfertigen
- ◆ **Wahlen als Basis demokratischer Parlamente**
regelmäßig stattfindende, freie, direkte, gleiche und geheime Wahlen
- ◆ **Interne Struktur und Organisation**
 - ◆ Parlamente können in mehrere Kammern gegliedert sein
 - ◆ Ausschüsse; Fraktionen; organisierte Opposition
- ◆ (unterschiedlich ausgeprägte) **Hauptfunktionen**
 - ◆ Wahl- und Abwahl der Regierung
 - ◆ Gesetzgebung, unter Einschluss des Finanzhaushalts
 - ◆ Kontrolle der Regierungsarbeit
 - ◆ politische Kommunikation (zentrales Forum der politischen Öffentlichkeit)

23.11.2011

Parlamente und Parteien

3

Begriffe Parlamentarismus, parlamentarische Regierungsform

- ◆ **Parlamentarismus ...**
 - ... bezeichnet den Parlamente umgebenden politischen Betrieb
Selbstorganisation, Wahlen, Ausübung der Parlamentsaufgaben
 - ... unter Einschluss der ihn tragenden politischen Parteien
- ◆ **Parlamentarische Regierungsform ...**
 - ◆ bezeichnet ein *politisches Regime*, bei dem die politische Macht weitgehend beim Parlament liegt
 - ◆ Elemente:
 - ◆ Das Regierungskabinett wird weitgehend durch Parlamentsmitglieder bestellt
 - ◆ Regierungsamt ist mit Parlamentsmandat kompatibel
 - ◆ parlamentarische Ministerverantwortlichkeit
 - ◆ Parlamentswahl und –abwahl der Regierung
- ◆ **Präsidiale oder (vor 1918) monarchische Regimes**
 - ◆ eingeschränkte Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament
 - ◆ ausgedehnte Befugnisse des Staatsoberhauptes bzw. der Regierung hinsichtlich der Gesetzgebung ohne Mitwirkung des Parlaments
 - ◆ Eingeschränktes Wahlrecht

23.11.2011

Parlamente und Parteien

4

Begriffe Parteien

- ❖ Zusammenschlüsse mit einer spezifischen politischen Programmatik
- ❖ Funktionen
 - ❖ Interessenartikulation und –aggregation
 - ❖ ... wodurch StaatsbürgerInnen an politische Kommunikation angebunden werden
 - ❖ dabei auch *political linkage*: Verknüpfung lokaler Gemeinschaften mit nationaler Ebene
 - ❖ politische Sozialisation und Mobilisierung der StaatsbürgerInnen
 - ❖ Rekrutierung politischer Eliten
- ❖ Unterschiedliche Organisationsformen
 - ❖ Mitglieder- vs. Wählerparteien
 - ❖ Letztere weisen nur eine gering entwickelte Organisation auf
 - ❖ anlässlich von Wahlen werden existierende persönliche Netzwerke (Clubs, Patronage) intensiviert
 - ❖ Mehrstufiger Aufbau (indirekte Organisationsstruktur)
 - ❖ Die Partei stützt sich in diesem Fall auf Vereine und Verbände
 - ❖ individuelle Mitgliedschaft ist unbedeutend, Loyalität schwach ausgeprägt
 - ❖ Bsp.: englische Labour Party: Basis bilden v. a. Kollektivmitglieder über Gewerkschaften (1982: 90,4%); ÖVP

23.11.2011

Parlamente und Parteien

5

Gestufte Parteiorganisation über Kollektivmitgliedschaft Das Beispiel der ÖVP (1982, Mitglieder in 1000)

Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund (ÖAAB)	296,3
Bauernbund (ÖBB)	382,8
Wirtschaftsbund (ÖWB)	225,7
Österreichische Frauenbewegung (ÖFP)	75,8
Junge Volkspartei (JVP)	124,4
Österreichischer Seniorenbund	209,0
Direktmitglieder	1,2

Quelle: Klaus von Beyme: Parteien in westlichen Demokratien, München 1982, S. 244.

23.11.2011

Parlamente und Parteien

6

Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland I Restauration und Vormärz (1815–1840er Jahre)

- ❖ Der Deutsche Bund sah landständisch-parlamentarische Mischsysteme vor
- ❖ in den süddeutschen Staaten
 - Baden, Bayern, Hessen, Württemberg
- ... allerdings bereits
 - ❖ gewählte Parlamente
 - ❖ in den 1830er/40er Jahren Einführung von Verfassungen
 - ❖ In Baden ab 1841/46 Ansätze eines parlamentarischen Regimes
 - ❖ Durchsetzung von parlamentarischer Ministerverantwortung über erfolgreichen Misstrauensantrag
 - ❖ Berufung des Parlamentspräsidenten als Innenminister
- ❖ Vereinswesen als Basis späterer Parteien ab den 1830er Jahren
 - ❖ Sänger- und Turnervereine bzw. -feste als Basis der nationalen Bewegung
 - ❖ Im deutschen Südwesten erste politische Vereine als Wahlvereine zwecks Aufstellung von Kandidaten

23.11.2011

Parlamente und Parteien

7

Sänger-, Turnerbewegung und Kommunikationsrevolution im Vormärz

- ❖ Sängerbewegung
 - 1847 ca. 1100 Vereine, mindestens 100'000 aktive Mitglieder, Schwerpunkt deutscher Südwesten
- ❖ Turnerbewegung
 - 1847 ca. 300 Vereine, 80–90'000 aktive Mitglieder
- ❖ Feste als Manifestation der Nationalbewegung
 - ❖ Pressebericht vom Sängerfest Würzburg
 - Als die Schleswiger ihr „Wanke nicht, mein Vaterland!“, dessen Verfasser, Hr. Chemnitz, hier anwesend ist, vollendet hatten, donnerten die Kanonen, erhob sich ein ungeheurer Beifallssturm, die Hüte wurden geschwenkt, und man sah es deutlich, aus Aller Herzen sprach die Sympathie für die theuren Brüder im Norden!“
 - [Kontext: Konflikte mit Dänemark um Schleswig-Holstein]
 - ❖ Gäste reisten mit Eisenbahn und Dampfschiff an, oft über 1000 Teilnehmer
- ❖ Vervielfachung von Presseerzeugnissen, soweit vor dem Hintergrund von Zensur möglich

23.11.2011

Parlamente und Parteien

8

Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland II Die Revolution von 1848

Frankfurter Nationalversammlung

- binnen kürzester Zeit (März bis Mai) Organisation von Wahlen im ganzen deutschen Bund auf Basis des allgemeinen Männerwahlrechts
 - hohe Quote der wahlberechtigten Männer 75–90%
 - Wahlbeteiligung je nach Land 40–75%
- Bildung politischer Vereine, parlamentarischer Gruppierungen und erster Parteien, die Grundlage des späteren Parteiensystems wurden

Zentrales Element des Scheiterns der Revolution

- Im März 1849 verabschiedete Verfassung sah konstitutionelles Erbkaisertum vor
Die Nationalversammlung wählte den preußischen König zum „Kaiser der Deutschen“
- Im April 1849 lehnte Friedrich Wilhelm IV. sowohl die Reichsverfassung als auch die konstitutionelle Kaiserwürde ab

23.11.2011

Parlamente und Parteien

9

Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland III (Teil-)Konstitutionalisierung Preußens

Ende 1848 Oktroyierung einer Verfassung

... die sich an Nationalverfassung anlehnte

Mit Reaktion keine Zurücknahme, aber bis 1854 Revisionen

- Erste Kammer wurde ein vom Junkeradel dominiertes Herrenhaus
- Dreiklassenwahlrecht für die zweite Kammer
 - Die Stimmkraft des Einzelnen wurde nach drei Steuerklassen abgestuft
 - Indirekte Wahl über öffentliche Wahl von Wahlmännern
 - weder direkte, noch gleiche und geheime Wahl
 - In den Westprovinzen sehr geringe Wahlbeteiligungen (im Mittel um 12%)
- weitreichende Befugnisse des Königs über Militär, Verwaltung und Auswärtiges

1860er Jahre preußischer Verfassungskonflikt ...

- ... ausgehend von einer durch das Parlament nicht gebilligten Armeereform
- Blockierung durch liberal dominiertes Parlament mittels Verweigerung der Finanzierung
- 1866/67 Lösung durch Kompromiss der nachträglichen Bewilligung
darüber allerdings Spaltung der liberalen Bewegung (Volkspartei, Demokraten)

23.11.2011

Parlamente und Parteien

10

Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland IV Reichstag ab 1871

- ❖ **Universelle Partizipation von Männern**
 - ❖ Allgemeines Männerwahlrecht
 - ❖ direkte, geheime Wahl
 - ❖ rasch auch in Preußen Wahlbeteiligungen von über 50%
 - ❖ **Grundlage für eine nationale politische Kultur**
 - ❖ **Bundesrat**
 - ❖ ... bestehend aus Delegierten der Bundesstaaten
 - ❖ vom Reichstag verabschiedete Gesetze bedurften der Zustimmung des Bundesrats
 - ❖ **Eingeschränkte parlamentarische Rechte**
 - ❖ Reichskanzler wurde vom Kaiser ohne Mitwirkung des Reichstags ernannt und entlassen
 - ❖ Die Reichsgeschäfte wurden zunächst durch die preußischen Fachministerien erledigt, seit Mitte der 1870er Jahre Bildung von Reichsämtern
 - keine parlamentarische Kontrolle der Regierung
- „Semikonstitutionalismus“ (der Kaiser stand außerhalb der Verfassung), „partielle Parlamentarisierung“ des Regimes

23.11.2011

Parlamente und Parteien

11

Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland V Weimarer Republik (1919–1933)

Kombination eines parlamentarischen Regimes (allgemeines Erwachsenenwahlrecht) mit plebiszitären und präsidentialen Elementen

- ❖ **Reichspräsident**
 - ❖ direkt vom Volk gewählt
 - 1919–1925 Ebert (Vorsitzender SPD), 1925–1934 von Hindenburg (General im 1. WK)
 - ❖ **Befugnisse**
 - ❖ Er ernannte und entließ Reichskanzler und Minister
 - ❖ Die Reichsregierung bedurfte allerdings des Vertrauens des Reichstags; Vertrauensentzug zog Rücktritt nach sich
 - ❖ Bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung war der Reichspräsident zur Aussetzung der Grundrechte und zum Erlass gesetzesvertretender Notverordnungen befugt
 - ❖ Befugnis zur Auflösung des Reichstags
 - ❖ Diese Befugnisse bildeten die Grundlage für den Übergang zu einem autoritären, nicht mehr parlamentarisch gestützten Regime ab 1930
- ❖ **Weiteres plebiszitäres Element (neben Direktwahl des Reichspräs.)**
 - Möglichkeit von Volksbegehren und Volksentscheid
 - Alle sieben lancierten Volksbegehren waren erfolglos, trugen aber erheblich zur politischen Polarisierung bei

23.11.2011

Parlamente und Parteien

12

Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland VI Bundesrepublik

Die Ausgestaltung der Weimarer Verfassung wurde z. T. verantwortlich gemacht für politische Instabilität und den Übergang zu einem autoritären Regime.

U. a. mit dem Ziel stabiler, demokratischer legitimer Regierungen wurden in Grundgesetz und Wahlgesetzen (bis 1953) folgende Bestimmungen verankert:

- ❖ Rückbindung des Proporzprinzips über Verbindung von Direktwahl und Listenwahl
 - ❖ 5%-Klausel
 - ❖ parlamentarische Wahl der Regierung, konstruktives Misstrauensvotum
 - Die Regierung kann nur bei gleichzeitiger Wahl eines neuen Bundeskanzlers gestürzt werden
 - ❖ keine Volksbegehren
 - ❖ Bundespräsident wird vom Parlament gewählt
- keine plebiszitären bzw. präsidentialen Elemente; konsequent parlamentarisches Regime

23.11.2011

Parlamente und Parteien

13

Parteiensystem Klassenbasierte Parteien

- ❖ Parteien übertragen Interessen in den politischen Raum (s. Def.)
- ❖ Annahme: Die Interessen der BürgerInnen werden durch ihre Klassenlage bestimmt
- ❖ Klasse und Klassen
 - ❖ Definition: Mitglieder einer Klasse weisen eine gemeinsame Stellung im Produktionsprozess auf, insbes. bezüglich des Besitzes von Produktionsmitteln
 - ❖ Arbeiterklasse (Proletariat)
 - ❖ Verwertet nur eigene Arbeitskraft
 - ❖ kontrolliert weder Produktionsmittel noch das Ergebnis eigener Arbeit
 - ❖ Unternehmer („Kapitalisten“)
 - ❖ Besitzen die Produktionsmittel und kontrollieren ihren Einsatz in Unternehmen
 - ❖ Bildungsbürgertum: Verwertung von Bildungstiteln
- ❖ Soziale Umbrüche, Klassen und Parteiensystem
 - ❖ Klassen entstanden im Zuge von Landreformen und Industrialisierung, welche die Trennung von Kleinbauern und Handwerkern von Produktionsmitteln bewirkten („Proletarisierung“)
 - ❖ Deshalb entstanden auch liberale und sozialistische Parteien in dieser Zeit

23.11.2011

Parlamente und Parteien

14

Parteiensystem Konfliktlinien (*cleavages*) und Parteifamilien I

Grundidee: soziale Umbrüche schaffen die ganze Gesellschaft betreffende Konflikte, die zur Bildung gegensätzlicher Lager führen

- ❖ Liberale vs. konservative Parteien
 - ❖ Liberale waren Protagonisten des nationalstaatlichen Projekts und befürworteten Verfassung und parlamentarische Rechte
 - ❖ Über Fragen des Umfangs parlamentarischer Rechte und der Reichweite des Wahlrechts kam es zur Spaltung zwischen moderaten Nationalliberalen und Demokraten bzw. Radikalen
 - in Deutschland im preußischen Verfassungskonflikt in den 1860er Jahren
 - ❖ Konservative bekämpften meist ohne ideologische Basis liberale Projekte und rückten dabei vom ursprünglichen Ziel der Rückkehr zum Ancien Régime allmählich ab
- ❖ Arbeiterparteien vs. bürgerliches Lager
 - ...das Unterschichten von voller politischer und sozialer Partizipation ausschloss
 - ❖ In Deutschland Formierung 1848/75 (Zusammenschluss von Gotha zur SPD)
 - ❖ Entzug der Legalität im Rahmen der Sozialistengesetze 1879–1890

23.11.2011

Parlamente und Parteien

15

Parteiensystem Konfliktlinien und Ausdifferenzierung von Parteifamilien II

- ❖ Christliche Parteien gegen den laizistischen Staat
 - ❖ ... angesichts der Beanspruchung von Zivilehe und laizistischer Bildung durch den Nationalstaat
 - ❖ in Deutschland 1870er Jahren Höhepunkt des Kulturkampfes
 - ❖ 1871 Bildung des Zentrums
- ❖ Regionale bzw. Minderheiten-Parteien gegen zentralistischen Nationalstaat
 - z. B. Bayernpartei, Welfenpartei, Polenpartei
- ❖ Internationalismus vs. Revisionismus
 - Im 1. WK Spaltung der sozialistischen Bewegung zwischen
 - ❖ revisionistischen (d. h. nationale parlamentarische Systeme tragenden) Sozialdemokraten
 - ❖ internationalistischen Kommunistischen Parteien (1919 3. Internationale).
- ❖ Seit Ende 19. Jh. systemkritische Protestparteien
 - ❖ bäuerliche Bewegungen gegen Globalisierung von Agrarmärkten; Antisemitistische Gruppen
 - ❖ ab den 1920er Jahren faschistische Parteien

23.11.2011

Parlamente und Parteien

16

Parteiensystem Parteiensystem und sozialmoralische Milieus (Lepsius)

Definition Milieu

- Deutungsgemeinschaft von Menschen, die eine ähnliche Lebensführung teilen
- Gemeinsame Lebensumstände, regionale bzw. religiöse Herkunft bewirken einen gemeinsamen Erfahrungshorizont
- Im regionalen Rahmen oft milieubezogene Verkehrskreise

Die hohe Stabilität des deutschen Parteiensystems

Vier Parteilager dominierten den Reichstag bis zur zweiten Hälfte 1920er Jahre bei hoher Stabilität der Wähleranteile

Erklärung: Milieubasiertheit der Parteien

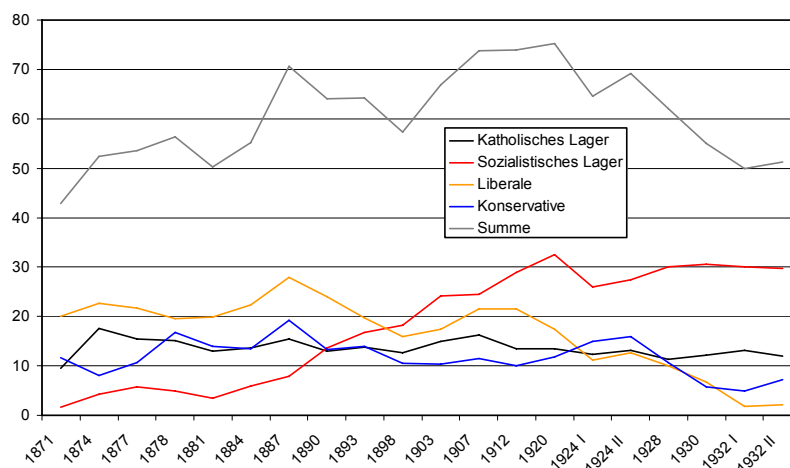
- Konservative: protestantisch, ländlich, dem Großgrundbesitz und preußischen Beamtentum verbunden
- Liberale: städtisches Bürgertum, Gewerbe, Selbständige
- Zentrum: katholisches Milieu
- Sozialisten: Arbeitermilieu

23.11.2011

Parlamente und Parteien

17

Wähleranteile der milieubasierten politischen Lager (Reichstagswahlen, Anteile an den Wahlberechtigten in %)



Quelle: Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt/M 1993, S. 270, 276.

23.11.2011

Parlamente und Parteien

18

Implikationen der Milieubasiertheit deutscher Parteien im Kaiserreich und der Weimarer Republik

- ❖ Schwacher nationaler Grundkonsens
 - Zentrum und SP wurde nationale Illoyalität vorgeworfen (Ultramontanismus, Internationalismus)
- ❖ Geringer Beitrag des Parteiensystems zu politischer Entwicklung
 - ❖ Politische Grundkonflikte wurden als Konflikte um die Stellung eines bestimmten Milieus in Gesellschaft und Politik ausgetragen
 - Beispiel: Der Konflikt um die Reichweite politischer Partizipation wurde als Frage der Stellung der Sozialisten im politischen System ausgetragen
 - ❖ Die Parteien waren primär um den Erhalt ihres eigenen Milieus bemüht
 - Kampf des Zentrums um konfessionelle Schulen als Kampf um milieuspezifische Sozialisation: Konfessionsschulen, geistliche Schulinspektoren (Gesetze 1872, 1908)
 - ❖ Geringer Beitrag zur politischen Integration der Bevölkerung
 - Keine Mitgliederparteien, meist Wählerparteien bzw. gestuft aufgebaute Parteien
- ❖ In der Weimarer Republik ...
 - ❖ geringe Fähigkeit der Parteien zur Bildung regierungsfähiger Koalitionen
 - ❖ Mit dem Zerfall der Milieus in den Umbrüchen nach dem ersten Weltkrieg nahm auch die Mobilisierungsfähigkeit der etablierten Parteien ab
 - ... bereits deutlich vor dem Aufstieg der NSDAP (Wähleranteil an den Wahlberechtigten):
1928 2%, 1930 14,9%, 1932 I 28,2%

23.11.2011

Parlamente und Parteien

19

... zum Schluss noch ein Blick auf außereuropäische Länder: Das Konzept des politischen Klientelismus

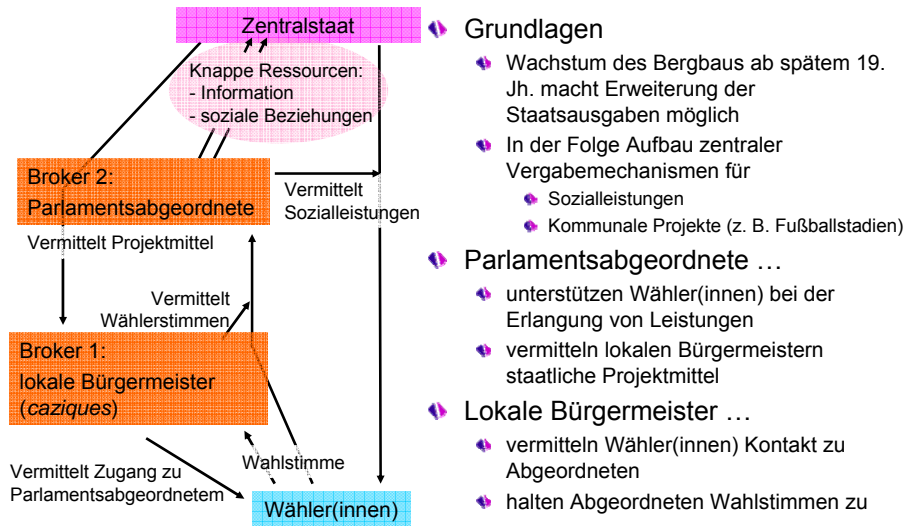
- ❖ Asymmetrische Tauschbeziehung zwischen Patrons und Klienten
 - Tausch von Gefälligkeiten, Gütern und Dienstleistungen von Seiten (partei-) politischer Führungspersonlichkeiten (auch: *patrons*) gegen politische Unterstützung oder Loyalität, etwa in Form von Wahlstimmen, von Seiten der Klienten
- ❖ Brokers
 - Sind Patrone von Klienten sozial oder räumlich von einander weit entfernt, können Klientelbeziehungen über Mittler (sog. *brokers*) angebahnt und aufrecht erhalten werden
- ❖ Grundlage
 - ... von Klientelbeziehungen bilden meist knappe Ressourcen, zu deren Verteilung formale Verfahren nur schwach ausgebildet worden sind. Beispiele:
 - ❖ Sozialleistungen in Ländern mit geringen Staatseinnahmen
 - ❖ Landtitel
 - ❖ Agrarkredit

23.11.2011

Parlamente und Parteien

20

Klientelparteien in einem parlamentarischen System Chile bis 1960er Jahre



Grundlagen

- Wachstum des Bergbaus ab spätem 19. Jh. macht Erweiterung der Staatsausgaben möglich
- In der Folge Aufbau zentraler Vergabemechanismen für
 - Sozialleistungen
 - Kommunale Projekte (z. B. Fußballstadien)

Parlamentsabgeordnete ...

- unterstützen Wähler(innen) bei der Erlangung von Leistungen
- vermitteln lokalen Bürgermeistern staatliche Projektmittel

Lokale Bürgermeister ...

- vermitteln Wähler(innen) Kontakt zu Abgeordneten
- halten Abgeordneten Wahlstimmen zu

23.11.2011

Parlamente und Parteien

21

Nationale Sammlungsparteien

- Allgemeiner Kontext: Befreiungsbewegungen, nationale Bewegungen**
 - gerichtet gegen ...
 - Kolonialherrschaft (Afrika, Südasien, Vorderer Orient)
 - Äußere wirtschaftliche Abhängigkeit von Rohstoffökonomien (Lateinamerika)
- Häufiges Ergebnis: Dominierende nationale Parteien**
 - ... bei Existenz eines parlamentarischen Betriebs und begrenzter Respektierung von Grundrechten
 - ... dennoch eingeschränkter Pluralismus
 - Klientelismus ist zum Teil wichtiges Mittel der Machterhaltung
- Beispiel: *Movimiento Revolucionario Nacional* (MNR) in Bolivien**
 - gegr. 1941 aus der traumatischen Erfahrung der Niederlage im Chaco-Krieg gegen Paraguay (1932–1935) → identitätsbildendes gewaltsames Ereignis
 - Revolution von 1952:
 - Machtergreifung des MNR, aber danach wieder regelmäßig Wahlen
 - Verstaatlichung von Zinnbergbau und Durchführung einer Landreform
 - Kleinbauern- und Bergarbeitergewerkschaften waren Hauptstützen der mehrstufig organisierten Partei
 - damit war das MRN die erste Partei des Landes mit einer Massenbasis

23.11.2011

Parlamente und Parteien

22